



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Interessen von Dolmetschern und Übersetzern bei der weiteren Digitalisierung der Justiz berücksichtigen

Stand vom 10.06.2025 13:38:21 bis 27.06.2025 09:59:08

Angegeben von:

Bundesverband der Dolmetscher und Übersetzer e.V. (BDÜ) (R003523) am 17.06.2024

Beschreibung:

Verfahren mit Dolmetschern & Übersetzern unterscheiden sich von ausschließlich deutschsprachigen auch in Arbeitsprozessen, in der Kommunikation mit mehr Beteiligten (nämlich D & Ü) und entsprechender Übermittlung von Informationen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Beauftragung und die Übermittlung schriftlicher Texte verpflichtend ausschließlich über ein bes. elektron. Sprachmittlerpostfach erfolgt und der Bestätigungsprozess ("Beglaubigung") von Übersetzungen digitalisiert wird; dass bei Verhandlungen, die teilweise/vollständig online (hybrid /virtuell) geführt werden bzw. an denen einzelne Personen virtuell teilnehmen, Norm-Technik zum Einsatz kommt und korrekt angewandt wird und solche Rahmenbedingungen geschaffen werden, dass die Hör-/Gesundheit der Dolmetscher nicht gefährdet wird.

Zu Regelungsentwurf

1. Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/10943 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur weiteren Digitalisierung der Justiz

Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffene Interessenbereiche (7)

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]

Rechtspolitik [alle RV hierzu]

Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [alle RV hierzu]

Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu]

Strafrecht [alle RV hierzu]

Zivilrecht [alle RV hierzu]

Solo-/Selbstständige

Zu diesem RV abgegebene grundlegende Stellungnahmen/Gutachten (1)

1. SG2406200132 (PDF - 12 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.05.2024 an:

Bundestag

Organe [alle SG dorthin]

Versendet am 23.05.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]